

Mittelsächsische LinksWorte

15. Oktober 2014

Nr. 86

8. Jahrgang



Burg Kriebstein - das Märchenschloss nicht nur in Mittelsachsen schlechthin. Im spätherbstlichen Sonnenlicht des Jahres 2012. Inzwischen ist auch das Jahr 2014 in sein letztes Viertel eingetreten.

Der Wahlmarathon 2014 - mit insgesamt unbefriedigenden Ergebnissen für die LINKEN - ist bis auf die detaillierte Auswertung der Wahlperiode 2013/2014 abgehakt. Dem Blick auf diese Wahlauswertung sind gleich mehrere Artikel in unserer Ausgabe gewidmet.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

1. Mit dem Blick nach vorn:

Aufruf zur Mitwirkung an der Vorbereitung des Zukunftskongresses der LINKEN im April 2015

2. Im Blickpunkt:

Der „scharfe Start“ der neuen Fraktion der LINKEN im mittelsächsischen Kreistag

3. Kritisch hinterfragt:

Die Wahlergebnisse der sächsischen LINKEN zu den Landtagswahlen auf dem Prüfstand

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & wahlen und wie weiter?
4/5	titelthema 1: vorbereitung des zu kunftskongresses der linken im april 2015
6/7	titelthema 2: start der linksfraktion mit neuem vorstand in die neue legislatur
8	titelthema 3: zur wahlwertung im landesverband sachsen der linken
9	seite der linksjugend solid
10	dialog zum erbe von der „führenden Partei“
11	kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage november 2014
12	termine & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 18. November. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 12. November. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag 2014.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für die LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Kreissparkasse Freiberg
IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10
BIC: WELADED1FGX

Zuschriften mit kritischen und auch polemischen Hinweisen sind ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:
Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
09599 Freiberg, Poststraße 9
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Marika Tändler-Walenta, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

Layout, Satz und Fotos: A•Bi•Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b
09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ können über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufgerufen werden. Über einen Link findet man dort die aktuelle Ausgabe der „LinksWorte“ und ein Archiv.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

nach dem anstrengenden, mehr als halbjährigen intensiven Wahlstress des Jahres 2014 ist etwas Ruhe im Kreisverband der mittelsächsischen LINKEN eingekehrt. Das gibt auch uns als Redaktionskollektiv der LinksWorte die Möglichkeit, einen „Gang zurückzuschalten“. Was vor allem heißt, sich wieder mehr Themen außerhalb des Wahlkampfes zuzuwenden. Aber es wäre vermissen, das Thema „Wahlkampf“ damit zu den Akten zu legen. Im kommenden Jahr finden Landrats- und Bürgermeisterwahlen statt. Und wenn man ins Kalkül zieht, dass im Jahr 2008 neben dem Landrat auch in damals 47 Städten und Gemeinden Mittelsachsens Bürgermeister gewählt wurden und die Legislatur im kommenden Jahr ausläuft, so ist zu ermesen, was das Jahr 2015 mit sich bringt, auch wenn nicht überall Mitglieder der LINKEN für ein Bürgermeisteramt kandidieren werden. Aus den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg resultieren für uns zwei Schwerpunkte der innerparteilichen Diskussion, die wir in unserer heutigen Ausgabe aufgreifen: die Diskussion um die Wertung der Wahlergebnisse in Sachsen und die Diskussion um den „Unrechtsstaat DDR“. Außerdem veröffentlichen wir im Rahmen unseres heutigen ersten Titelthemas auf den Seiten -4- und -5- einen Brief der beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Rixinger, der ein Aufruf an die Mitglieder der LINKEN ist, einen für April des kommenden Jahres vorgesehenen Zukunftskongress aktiv vorzubereiten.

Nachdem sich die Fraktion der LINKEN im Kreistag Mittelsachsen bereits am 2. Juli konstituiert hat, wurde in den vergangenen Tagen mit der Wahl des Fraktionsvorsitzenden und seiner zwei Stellvertreter die volle Arbeitsfähigkeit hergestellt. Unser Redaktionsmitglied Sabine Lauterbach informiert auf den Seiten -6- und -7- ausführlich über den „scharfen Start“ der Fraktion in die neue Legislatur. In unserer September-Ausgabe hatte unser Redaktionsmitglied Michael Matthes angekündigt, dass wir die Diskussion um die „alte, verknöcherte SED“ weiterführen werden. Darauf kommen wir heute auf der Seite -10- zurück. Nicht, ohne das Thema „Unrechtsstaat DDR“ in das streitbare Gespräch von Dieter Kunadt und Michael Matthes einzubeziehen. Aus aktuellem Anlass - als solchen verstehen wir das gesellschaftliche Aufbegehren in Döbeln gegen die Zusammenrottung der Nazis am 4. Oktober - starten wir die Fortsetzung unserer im Februar wegen der Wahlvorbereitung unterbrochenen Serie zur Nachhaltigkeit erst im November.

Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir, wie immer, eine anregende Lektüre.

„Weil der Mensch von seiner Hände Arbeit leben können sollte“

von unserem Redaktionsmitglied
Peter Zimmermann

Wie die Zeit vergeht! Denn bereits vor zwölf Jahren, im Jahr 2002 stellte die Linke (damals noch PDS) einen ersten Antrag zum Mindestlohn im Deutschen Bundestag: „Einführung eines existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohns“, PDS-Bundestagsfraktion (Drucksache Nr.: 14/8921 vom 25.04.2002), alle anderen Fraktionen, u. a. die SPD, lehnten damals unter Hinweis auf die Tarifautonomie, ab.

Elf Jahre später, im März 2013 brachte zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik mit dem Bundesrat ein Verfassungsorgan einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn auf den Weg, dieses Gesetz tritt nun 2015 in Kraft. Soweit ein kurzer historischer Rückblick. Das dieses Gesetz lückenhaft ist, zeigt sich an folgenden Beispielen. Prinzipiell könnten bestimmte Branchen in Deutschland überdurchschnittlich von den Folgen durch den Mindestlohn betroffen sein. Das sind z.B. Dienstleistungsbranchen, wie der Einzelhandel, das Gastgewerbe, Gesundheits- und Pflegedienstleistungen, die Reinigungsbranche u.a.

- Die Preise für Lebensmittel und Dienstleistungen können durch den Mindestlohn kräftig steigen,
- der Konzentrationsprozess z.B. im Einzelhandel könnte durch den Mindestlohn verstärkt werden,
- den Betrieben im Gastgewerbe bleibe u.a. nur, die Preise anzuheben oder Personal zu entlassen, etwa durch kürzere Öffnungszeiten oder weniger Service.

Fazit: Speziell im Dienstleistungsgewerbe kann sich die Einführung des Mindestlohnes verheerend auswirken und letztendlich uns alle treffen. WIR haben ihn gefordert und WIR sollten, müssen, nun in die Öffentlichkeit gehen und dieses schlechte Gesetz anprangern. „Wer am lautesten schreit, dem wird auch gehört“ und es wird „laut“ werden um dieses Mindestlohngesetz. Es sind schon die Stimmen zu erahnen, wie Ihr wolltet es ja, nun regt Euch nicht auf“.

In den nächsten Monaten müssen wir als LINKE Druck machen, um zu verhindern, dass der Mindestlohn eine Mogelpackung bleibt und die durch dieses überaus schlecht gemachte Gesetz voraussehbaren Folgen UNS angelastet werden. Der Staat muss für eine faire Lastenverteilung, wie z.B. einem gerechteren Steuersystem sorgen, ansonsten nützt kein Mindestlohngesetz (auch keines von 10.00 Euro) etwas.

Mindestlohn (NETTO) ohne Ausnahmen, das ist die Forderung an die Regierenden.

auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
kritischer meinungsbeitrag

von Ruth Fritzsche

Im Zusammenhang mit der ins Auge gefassten Regierungsbildung unter einem linken Ministerpräsidenten in Thüringen, dem Genossen Ramelow, wurde von Grünen und SPD darauf gedrängt, festzustellen, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei. Natürlich war auch ich geschockt. Nach längerem nachdenken muss man leider feststellen, dass natürlich für mich die DDR meine Heimat war und ich aktiv für ihre Entwicklung gearbeitet und gestritten habe, aber mir dennoch eingestehen muss, dass es auch eine Menge Unrecht gab.

Aus einer kommunistisch orientierten Familie kommend, begann ich meine Tätigkeit am 12. Mai 1945 im Chemnitzer Polizeipräsidium. Dort lernte ich u.a. all die Genossinnen und Genossen kennen, die bis zum 8. Mai politische Häftlinge in der Nazizeit waren. Zwischen uns allen herrschte eine gesunde Atmosphäre und alle waren glücklich, diese schreckliche Zeit überstanden zu haben. Es herrschte Harmonie auch zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Wir verstanden uns alle gut und als dann endlich im Frühjahr 1946 die Vereinigung zwischen SPD und KPD vollzogen war, war das für mich die richtige politische Erkenntnis. Ich wurde Mitglied der SED und der FDJ und alles verlief so, wie ich mir das vorgestellt hatte.

In der täglichen Arbeit bei der Polizei und später in der staatlichen Verwaltung und auch im Parteiapparat nahm man aber leider nicht zur Kenntnis, dass z.B. mit der Schaffung der „Partei neuen Typus“ ein völlig neuer Geist in die Partei einzog. So kam es im Jahre 1951 zu der sogenannte Parteiüberprüfung, die dazu führte, dass auch bei uns in Freiberg viele Genossinnen und Genossen aus der Partei ausgeschlossen wurden. Ehemalige Sozialdemokraten, die ich aus der Basisgruppe kannte, verließen uns und gingen nach dem Westen. Ich denke auch in diesem Zusammenhang an Genossen, die nicht mehr bei der Polizei arbeiten durften, weil sie in westlicher Gefangenschaft waren. Ich denke auch an solche Genossen, wie Paul Merker und viele andere, die beschuldigt wurden, Spione für den Westen gewesen zu sein.

Als die DDR 1949 im Ergebnis der vorherigen Gründung der BRD gegründet wurde, haben wir uns doch alle das Ziel gestellt, zuerst als antifaschistisch-demokratischer und später sozialistischer Staat eine menschenwürdige humanistische Gesellschaftsordnung aufzubauen. Sie ist uns leider nicht gelungen, sonst hätten uns 1989 nicht so viele Menschen den Rücken gekehrt und auch viele Genossinnen und Genossen der SED, wie z.B. Roland Wötzel in Leipzig, hätten es nicht nötig gehabt, der Führung der SED das Vertrauen zu entziehen. Für mich ist es deshalb erforderlich, dass wir als LINKE weiter an der Aufarbeitung der DDR-Geschichte arbeiten, ohne die Biographien der ehrlichen Bürger der DDR zu beschädigen.

sachsen, thüringen, brandenburg - und wie jetzt weiter?

von Hans Weiske

Die Wahlen des Jahres 2014 haben mit den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg ihren Abschluss gefunden. Natürlich spielen für uns die Wahlergebnisse in Sachsen die entscheidende Rolle. Aber es sei auch ein Blick nach Thüringen und Brandenburg gestattet - jenen beiden Bundesländern, in denen es um linke Regierungsbeteiligung oder sogar einen linken Ministerpräsidenten geht. Bestimmt aber sollte die teils sehr aufgeregt und kontrovers geführte Debatte um die Wertung der Wahlergebnisse in den drei Ländern aber vom Blick in die Zukunft der LINKEN sein. **Deshalb veröffentlichen wir auf den folgenden beiden Seiten die Einladung der beiden Vorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping und Bernd Riexinger an alle Mitglieder, an der Vorbereitung eines für April 2014 vorgesehenen Zukunftskongresses der LINKEN teilzunehmen.**

In der aktuellen Diskussion in der LINKEN sind m.E. folgende Aspekte in den Vordergrund getreten. Dazu gibt es gegenwärtig für Interessierte im Internet, aber auch im „neuen deutschland“, jede Menge Standpunkte, Positionspapiere u.ä. zu finden.

- Der Streit in der sächsischen LINKEN um Profillosigkeit, „Rot-Rot-Grüne Illusionen“, die „Abkehr vom Erfurter Programm“ und eine „programmatische Entkernung des Landesverbandes als linkssozialistische Partei“ als wesentliche Ursachen der Wahlniederlage vom 31. August. Dieser Frage widmen wir uns ausführlich auf Seite -8- dieser Ausgabe, verzichten deshalb an dieser Stelle auf Details.
- Die Diskussion über einen „konservativen Ruck in Brandenburg“ und die Ursachen der **Wahlniederlage der Brandenburger LINKEN** nach fünf Jahren als Juniorpartner in einer Regierung mit der SPD.



Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden am 7. Oktober in Siebenlehn

Die in unserer September-Ausgabe angekündigten drei Regionalkonferenzen der sächsischen LINKEN zur Wahlauswertung fanden am 7. Oktober in Chemnitz, am 8. Oktober in Dresden und am 9. Oktober in Leipzig statt. Dabei gab es aus Sicht des mittelsächsischen Kreisverbandes der LINKEN eine sehr unglückliche Terminüberschneidung: Hatte doch der Kreisvorsitzende Falk Neubert für den 7. Oktober die Orts- und Basisgruppenvorsitzenden zur Auswertung der Wahlen nach Siebenlehn eingeladen. Wir waren bei dieser Beratung natürlich dabei und informieren - ebenfalls auf den Seiten -5- und -6- über die dort geäußerten Meinungen unserer Genossinnen und Genossen. An der Beratung nahm der stellvertretende Landesvorsitzende Stefan Hartmann teil, der auch auf die scharfe Debatte um die Wertung der sächsischen Wahlergebnisse einging. Gewissermaßen als Ergänzung zur Siebenlehn-Beratung nahmen Vertreter der Redaktion der LinksWorte an der Regionalkonferenz am 8. Oktober in Dresden teil.

- Die infolge der Thüringer Sondierungsgespräche zwischen LINKER, SPD und Grünen ausgebrochene **Diskussion um den „Unrechtsstaat DDR“**, in die sich Jüngst auch Katja Kipping und Gregor Gysi mit unterschiedlichen Positionen eingeschaltet haben. Im gemeinsamen Positionspapier der Sondierung heißt es: „Die DDR war eine Diktatur, kein Rechtsstaat ... Weil durch unfreie Wahlen bereits die strukturelle demokratische Legitimation staatlichen Handelns fehlte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit in der DDR ein Ende haben konnte, wenn einer der kleinen oder großen Mächtigen es so wollte, weil jedes Recht und Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, war die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaat.“
- Die besorgniserregend **hohen Wahlergebnisse der AfD** in allen drei Bundesländern und die gründliche Auswertung der Wählerwanderung zur AfD.

Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden

aufgeschrieben von Hans Weiske

Am 7. Oktober kamen die Orts- und Basisgruppenvorsitzenden der LINKEN aus Mittelsachsen in Siebenlehn zur Auswertung der Landtagswahl zusammen. Die Diskussionsgrundlage legten der stellvertretende Landesvorsitzende **Stefan Hartmann** und der Kreisvorsitzende **Falk Neubert**. Stefan Hartmann nahm eine ausführliche Einschätzung der insgesamt unbefriedigenden Ergebnisse der LINKEN vor. Ausgangspunkt, zu dem er immer wieder zurückkehrte, waren die rund 60.000 Stimmen, welche DIE LINKE gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl verloren hat. Da gäbe es zunächst die verschiedensten demografischen Gründe, deren schmerzlichster darin bestehe, dass unsere zahlenmäßige Stärke als Partei in Sachsen seit der politischen Wende auf ca. ein Drittel gesunken sei. Wenn man sich auf den immer noch richtigen Spruch „Wo ein Genosse ist, da ist die Partei!“ besinne, komme man allein bei dieser Tatsache ins Grübeln. Wir müssen uns immer wieder die Frage stellen: „Was erwartet der Wähler eigentlich von der LINKEN?“ Und die dabei auftretenden Probleme machte Stefan Hartmann an zwei inhaltlichen Problemen deutlich: Erstens stehe für DIE LINKE der demokratische Sozialismus als politisches Ziel. Soll der aufgezeigte Weg dahin den Wähler überzeugen, reiche das Bild einer Protestpartei nicht. Zweitens wachse der Migrationsdruck auf Deutschland. Und darauf habe DIE LINKE keine einfache Antwort. Bei vielen Wählern stoße unsere Haltung: „Offene Grenzen für alle Menschen in Not“ nicht auf Zustimmung.

Falk Neubert nahm eine Wertung der Wahlergebnisse im Landkreis Mittelsachsen vor. Außerdem informierte er über die aktuelle politische Situation im Landtag und in der Landtagsfraktion.

Ausgangspunkt der nachfolgenden Diskussion war zunächst eine von **Reinhard Kluge** aus Rechenberg-Bienenmühle vorgebrachte Kritik an den Themenplakaten. Er erhielt Unterstützung u.a. von **Gerd Wittich** aus

Fortsetzung auf Seite -5-, rechte Spalte

Partei Vorstand DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

An die
Mitglieder der Partei DIE LINKE

DIE LINKE.

Katja Kipping, MdB
Bernd Riexinger
Partei vorsitzende

Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Telefon: 030/24009-530
Telefax: 030/24009-631

E-Mail: buero.parteivorsitz@die-linke.de
www.die-linke.de

Berlin, 30. September 2014

Einladung an die Partei: Ideen, Fragen, Konzepte für den Zukunftskongress (call for ideas)

Liebe Genossinnen und Genossen,

im April 2015 veranstalten wir in Berlin einen Zukunftskongress. Es geht darum, die gesellschaftlichen Bedingungen und die Wünsche für eine sozial gerechte und ökologische Zukunft zu diskutieren. Wir wollen in die gesellschaftliche Diskussion um eine Zukunft jenseits des neoliberalen Finanzkapitalismus eingreifen und linke Alternativen stärken. Im Mittelpunkt stehen Fragen: Wie wollen wir die Gesellschaft verändern, an welchen Widersprüchen setzen wir an, mit wem wollen wir das gemeinsam tun? Es geht also auch um die Zukunft und die Zukunftsfähigkeit der Linken und der LINKEN selbst. Der Kongress lebt daher von euren Ideen, Diskussionen, Erfahrungen mit der politischen Praxis!

Die Politik der Bundesregierung lässt viele Probleme unserer Gesellschaft liegen. Sie hat eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, aber die reichen nicht bis an den Kern der Probleme heran: Eine Steuerpolitik, die Reichtum nicht angreift und die Armut der öffentlichen Daseinsvorsorge, Bildung, Gesundheit und der öffentlichen Infrastruktur nicht beheben kann. Die Ungleichheit in unserer reichen Gesellschaft hat so zugenommen, dass selbst die Weltbank besorgt ist. Mindestens ein Viertel der Bevölkerung ist und fühlt sich abgehängt - in der Regierung scheint das niemand für einen Skandal zu halten. Die Energiewende abgebogen, Freihandelsabkommen, die die Demokratie bedrohen. Kein Konzept für eine Alternative zur Waffenproduktion, zu einer Exportindustrie, die die Nachbarn zum Bettler macht und auf Verkehrsmodelle setzt, die die Welt verpestet. Eine hochtechnologische Entwicklung, die die Menschen nicht freier macht, sondern stärker überwacht.

Die Zukunft scheint verstellt. Das Schweigen darüber ist organisiert.

Wenn wir dies kritisieren, geht es uns nicht um eine Rückkehr in vermeintlich bessere vergangene Zeiten. Vielmehr meinen wir: Demokratisch-Sozialistische Politik sollte ihre Poesie aus der Zukunft ziehen. Deshalb wollen wir den Horizont wieder öffnen und die drängenden Fragen in den Mittelpunkt unserer Diskussion stellen: Was wollen wir wie produzieren, ohne die Welt zu zerstören? Wie sollen Zeit, Reichtum sowie die verschiedenen Arbeiten und Tätigkeiten (auch unter den Geschlechtern) verteilt sein; wie können Energie, Verkehr und unserer Kommunen so gestaltet werden, dass sie auch für die kommenden Generationen wünschbar sind. An vielen Orten und in vielen Auseinandersetzungen engagieren sich Menschen für Alternativen, aber bisher gelingt es nicht, daraus die Kräfteverhältnisse wirksam zu verschieben.

Seit der Agenda 2010 gelingt es kaum, die Erwerbslosen und Beschäftigten im Niedriglohn auf der einen Seite und in den so genannten „Kernbelegschaften“ auf der anderen gemeinsam anzusprechen. Ihre Interessen scheinen gegeneinander zu stehen: Beruht nicht der Erfolg im Export auf dem Niedriglohn? Auf dieser Spaltung beruht die Macht der Regierung wie die Machtlosigkeit der Gegenbewegungen. Wie kommen wir in eine neue Dynamik?

beiträge auf den zukunftskongress der linken im april 2015

Auch unsere eigene Politik wollen wir befragen: Sind unsere Alternativen auf der Höhe der Zeit, nehmen sie die Kräfteverhältnisse richtig wahr? Was ist zu tun, damit technischer Fortschritt wirklich emanzipatorisches Potential freisetzt? Und: Wie können wir unsere Alternativen durchsetzen? Mit wem können wir uns verbinden? Was sind Einstiege auf dem Weg zu einem ökologischen, demokratischen, lustvollen Sozialismus? Mit welchen Projekten kommen wir hier voran?

Wenn über die großen Fragen der Zukunft diskutiert wird, dann oft auf zwei Arten: Entweder werden die (schlechten) Verhältnisse analysiert. Am Ende wird kurz über die Aufgaben gesprochen, die sich daraus für die Zukunft ergeben (meist mit dem Hinweis, dass im Schoß der heutigen Verhältnisse das Morgen schlummert). Oder es werden wünschenswerte Zukünfte entworfen und auf bunten Flipcharts festgehalten. Doch die notwendigen Verbindungen zu den Kräfteverhältnissen und die Frage des Übergangs fehlen oft: Unser Kongress soll nicht in diese Fallen gehen. Die Zukunft beginnt heute. Zukunftsfragen können nicht losgelöst von ökonomischen und Machtfragen diskutiert werden. Und linke Diskussion um Zukunft braucht einen utopischen Überschuss. Gleichzeitig müssen konkrete Projekte entwickelt werden, mit denen wir Politik machen können. Dann können die großen universellen Fragen in der Praxis wirksam werden.

Bislang haben wir fünf thematische Achsen geplant:

1. Zukunft der gesellschaftlichen Arbeit. Zeit fürs ganze Leben statt prekär und erschöpft
2. Gleichheit als Chance: Umverteilung von privat zu öffentlich, oben nach unten, von den Gewinnen zu den Löhnen
3. Zukunft der Daseinsvorsorge / Zukunft des Öffentlichen / der Commons
4. Produktion der Zukunft: Unser Plan B /Wachstum vs. Lebensqualität. Wirtschaftsdemokratie & Konversion statt Finanzkapitalismus & Austerität
5. Aneignung der Demokratie u.a. Bildung im Zeichen von Mündigkeit

Wir möchten euch einladen, in den Kreis- und Landesverbänden, in den Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften - oder zuhause am Küchentisch - zu überlegen, wo eure Fragen liegen, wo ihr Bedarf für Klärungen und Weiterentwicklungen seht. Dabei geht es nicht darum, eine neue Programm-Debatte zu eröffnen. Wir wissen um die (pluralen) Positionen der Partei.

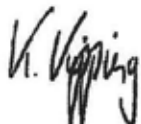
Der Kongress soll einen Beitrag zur politischen Kultur in der Partei leisten. Er ist eine Einladung zum mitdenken und mitarbeiten. Das wird sich auch darin zeigen, wie wir die Diskussionen organisieren. Wir werden Podiumsdiskussionen veranstalten, auf denen Analysen und Konzepte vorgestellt werden, die unsere Diskussion bereichern sollen. Dann aber wollen wir „Labore“ eröffnen, auf denen die Fragen von Strategie und Hegemonie im Mittelpunkt stehen sollen: Konzepte, Projekte und Politikerfahrungen werden eingebracht. In Foren sollen alle die Möglichkeiten haben, ihre Erfahrungen auszutauschen und sich mit anderen zu vernetzen.

Bitte schickt uns eure Diskussionsvorschläge, Themen oder Thesen oder konkrete Ideen für Referent*innen oder Programmpunkte für einen Zukunftskongress an die Mailadresse kongress@die-linke.de.

In Bälde werden wir auch einen entsprechenden Blog einrichten.

Wir freuen uns auf eure Beiträge!

Mit solidarischen Grüßen



Katja Kipping



Bernd Riexinger

Oederan, der unterstrich „Wenn man unsere Plakate dem Betrachter erst erklären muss, sollte man es sein lassen“. Weiterhin stellte Reinhard Kluge fest, dass der von der LINKEN geführte Landtags-Wahlkampf ihm zu sehr an einen „Wohlfühlwahlkampf“ erinnert habe. Hier habe er Probleme mit der Wahlkampfstrategie. So sei es ihm auch unverständlich, dass zwar in die Kompetenz des Parteivorstandes der Linken fallende Fragen im Landtagswahlkampf (z.B. DIE LINKE als Partei des Friedens) nicht thematisiert wurden und der AfD für ihren Rattenfängerfeldzug überlassen wurden. Während die aktuelle Diskussion in der sächsischen LINKEN zur Bewertung der Wahlergebnisse (siehe Seite -8-) von Stefan Hartmann nur am Rande angesprochen wurde, entspannte sich anschließend eine intensive Diskussion zum „Thüringer Dokument zum Unrechtsstaat DDR“ (der Anlage 1 zum Protokoll des 2. Sondierungsgesprächs zwischen DIE LINKE Thüringen, SPD Thüringen und Bündnis 90 / Die Grünen Thüringen vom 23.09.2014). Die Anwesenden hatten die teils kontroversen Auffassungen beispielsweise zwischen Katja Kipping und



Sie werteten die Landtagswahlen aus und standen den Orts- und BO-Vorsitzenden in Siebenlehn Rede und Antwort: Der stellvertretende Landesvorsitzende Stefan Hartmann und der Kreisvorsitzende Falk Neubert (von links)

Gregor Gysi dazu sehr wohl zur Kenntnis genommen. Und auch Hartmann und Neubert schalteten sich in die Diskussion ein. Wie nicht anders zu erwarten, blieb das Thema auch in Siebenlehn kontrovers. Von der Ablehnung des Dokuments von der ersten bis zur letzten Zeile bis zum „verständnisvollen Zugang“ reichte das Spektrum. Von Niemandem in der Runde wurde allerdings die Notwendigkeit bestritten, intensiv zu analysieren, woran wir mit unserem Sozialismus-Modell gescheitert sind („es war sicherlich zuwenig Sozialismus drin“). Unbestritten auch die Erkenntnis, dass es nicht sinnvoll ist, über die DDR und den missglückten Sozialismus-Versuch nach der Art „es war doch nicht alles schlecht“ in nostalgischen Erinnerungen zu schwelgen.

die neue kreistagsfraktion der linken hat sich konstituiert

Am 25. Mai wurde ein neuer Kreistag gewählt. Die Ergebnisse sind bekannt: Mit bescheidenen 16,2 Prozent der Stimmen für DIE LINKE sprangen nur noch 16 Sitze im neuen Kreistag für unsere Partei heraus, in der ersten Legislatur im mittelsächsischen Parlament waren es noch drei Sitze mehr.

Am 2. Juli traf sich die neue Fraktion zu ihrer konstituierenden Sitzung. Sie wählte **Peter Krause** (Roßwein) und **Gottfried Jubelt** (Augustusburg) zu den beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Die Wahl eines Fraktionsvorsitzenden wurde vertagt.

In unserer heutigen Ausgabe berichtet unser Redaktionsmitglied Sabine Lauterbach, die in die Kreistagsfraktion gewählt wurde, über die beiden Sitzungen der Kreistagsfraktion im Oktober. Wir informieren unsere Leserinnen und Leser ausführlich über die dabei getroffenen Personalentscheidungen.

Über die konstituierende Sitzung des Kreistages vom 6. August berichteten wir ebenfalls. Die zweite Beratung des Kreistages fand (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) am 15. Oktober statt. Wir berichten in unserem Novemberheft. (hw)



Unser Gruppenbild von der Konstituierung der Fraktion am 2. Juli. Von der neuen, 16-köpfigen Besetzung fehlte auf dem damaligen Foto nur **Jens Stahlmann** (Hainichen, Nachrücker im Wahlkreis 7).

Nach erfolgter Wahl der Führungsspitze stellen wir die Kreistagsfraktion an dieser Stelle noch einmal vor.

Als **Fraktionsvorsitzender** wurde **Gottfried Jubelt** (zweiter von links, Augustusburg, Wahlkreis 14) gewählt. Seine beiden **Stellvertreter** sind **Peter Krause** (achter von links, Roßwein, Wahlkreis 2) und **Petra Steidten** (dritte von rechts, Lichtenau, Wahlkreis 8). Die Verantwortung für die **Finanzen** wurde **Harald Pöttsch** übertragen (fünfter von links, Erlau, Wahlkreis 4).

Die weiteren Mitglieder der Fraktion (von links) sind: **Achim Grunke** (Freiberg, Wahlkreis 9), **Uwe Fankhänel** (Freiberg, Wahlkreis 10), **David Rausch** (Geringswalde, Wahlkreis 4), **Marina Morgenstern** (Eppendorf, Wahlkreis 13), **Sabine Lauterbach** (Altmittweida, Wahlkreis 6), **Lothar Schmidt** (Döbeln, Wahlkreis 1), **Dieter Kunadt** (Leisnig, Wahlkreis 3), **Ringo Gründel** (Lunzenau, Wahlkreis 5), **Elgine Tur de la Cruz** (Leisnig, Wahlkreis 3), **Arndt Scharfenstein** (Frauenstein, Wahlkreis 11), **Thomas Kempe** (Brand-Erbisdorf, Wahlkreis 12)

Sitzung der Kreistagsfraktion mit Wahl eines Fraktionsvorsitzenden

Im Oktober standen gleich zwei Sitzungen der Kreistagsfraktion an. Zum einen mussten wir uns mit organisatorischen Dingen wie der Wahl eines Fraktionsvorsitzenden beschäftigen. Zum anderen den nächsten Kreistag vorbereiten.

Am 1. Oktober traf sich die Fraktion wie üblich in Cunnersdorf. Als ersten Punkt mussten wir uns mit unserer Fraktionsgeschäftsstelle beschäftigen. Anfang des Jahres wechselte der Eigentümer unserer Büroräume. Da der neue Eigentümer nicht bereit war unseren auf die Legislatur befristeten Mietvertrag zu verlängern, müssen wir uns neue Geschäftsräume suchen. Es gab den Wunsch von Jana Pinka mit ihrem Bürgerbüro eine Bürogemeinschaft zu gestalten. Somit mussten Räumlichkeiten mit diesen Vorgaben und parallel noch Einzelbüros gesucht werden. Die Suche gestaltete sich sehr schwierig.

Das überzeugendste Angebot fanden wir in der Domgasse Freiberg. Dort stehen uns ausreichend frisch sanierte Räume zur Verfügung. Die Kreistagsfraktion hat dort ein eigenes Büro. Für kleine Gruppen gibt es einen Besprechungsraum, welcher von beiden Partnern genutzt werden kann. MdL Jana Pinka hat ebenso ein eigenes Büro. Umgezogen wird Ende Oktober/Anfang November. Wenn der Umzugsstress vorbei ist, werden wir die neuen Räumlichkeiten feierlich eröffnen.

Es wurde auch der Umzug in die Büros des Döbelner Stadtverbandes der LINKEN in Erwägung gezogen. Leider sind diese Räumlichkeiten durch einen Leitungswasserschaden derzeit nicht frei. Die Fraktion hat sich deswegen für Freiberg entschieden.

Örtlicher Beirat des Jobcenters Mittelsachsen

Die alte Kreistagsfraktion hatte sich in der vergangenen Legislatur sehr umfangreich mit der Problematik der Neugestaltung des Bereiches SGB II beschäftigt. In dem Beirat des Jobcenters war bisher **Uwe Fankhänel** unser Mitglied. Da Uwe voll im Arbeitsleben steht, jedoch die entsprechenden Sitzungen immer tagsüber stattfinden, stand er für diese Funktion nicht mehr zur Verfügung. Wir haben jedoch mit Lothar Schmidt einen sehr guten Ersatz gefunden.

Stellvertreter war bisher **Ulrike Bretscheider**. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Kreistag hat sich **Petra Steidten** bereit erklärt, diese Stellvertreterposition einzunehmen. Die Wahl erfolgt zum Kreistag.

Auswertung der konstituierenden Sitzung des Kreistages

Die wenigsten von uns haben wohl erwartet, dass uns die CDU das Leben derart schwer machen wird. Hat doch gerade diese einem Mandatswechsel aus gleichem Grund zu Beginn der vorherigen Legislatur vollzogen. Die Fraktion hat sich sehr ruhig und besonnen mit etwaigen Fehlern auseinander gesetzt. Wir hoffen alle, nun genug daraus gelernt zu haben und hoffen auch in Zukunft mit sachbezogener Politik hervorzutreten.

Die mißglückte Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Mittelsachsen, die uns den uns zustehenden Sitz gekostet hat, ist noch nicht vorbei. So einfach geben wir uns nicht geschlagen. Nach dem Kreistag wurde der Landrat aufgefordert, das Wahlprozedere noch einmal zu überdenken. Eine Antwort liegt uns bis heute nicht vor. Zudem haben wir die Rechtsaufsicht eingeschaltet. Sie möge sich mit dem Sachverhalt auseinander setzen, denn es wird hier ganz klar gegen die Geschäftsordnung der Kreissparkasse Mittelsachsen verstoßen. In dieser

steht geschrieben, dass die Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Zusammensetzung des Kreistages entsprechen soll. Auch hier erwarten wir noch voller Spannung die Antwort.

Der Landtagabgeordnete der LINKEN, Andre Schollbach ist beruflich als Anwalt tätig und hat uns juristische Unterstützung signalisiert.

Wahl des Fraktionsvorsitzenden

Von **David Rausch** wurde der Wunsch des Kreisvorstandes übertragen, dass man doch eine Doppelspitze bilden könne. Jedoch war sich die Fraktion einig, dass eine Doppelspitze nur mit einer Frau und einem Mann an der Spitze Sinn ergeben würde. Da keine Frau für die Fraktionsspitze zur Verfügung stand und keine Notwendigkeit für eine derartige Konstruktion gesehen wurde, hat David nach umfassender Diskussion den Vorschlag zurück gezogen.

Es gab drei namentliche Vorschläge für den Fraktionsvorsitz aus der Fraktion. Da **Jens Stahlmann** und auch **Peter Krause** ernste Hinderungsgründe vorgebracht haben stand für den Vorsitz nur noch **Gottfried Jubelt** zur Verfügung. Da Gottfried frei beruflich tätig ist und nächstes Jahr in den Ruhestand (vom Berufsleben) geht, hat er für dieses Amt genügend Zeit. Gottfried ist überaus fleißig und auch redogewand. Er wurde im Zuge der Einigung zu unserem neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Da nun der Posten des zweiten Stellvertreters frei wurde, hat die Fraktion am 08.10.2014 **Petra Steidten** als ihren zweiten Stellvertreter gewählt. Somit ist zum ersten mal eine Frau im Fraktionsvorstand vertreten. Erster Stellvertreter ist nach wie vor Peter Krause. **Harald Pötzsch** als unser Finanzier vervollständigt den Fraktionsvorstand.

Krankenhaus Frankenberg

Die Stadt Frankenberg hat einen Beschluss gefasst, der eine künftige Zusammenarbeit mit dem Landkreis ausschließt. Die Mediationsverhandlungen wurden als gescheitert erklärt. Am 7. Oktober hat es eine Kundgebung des Förderkreises des Krankenhauses gegeben. Alle Fraktionen wurden zu einer Teilnahme und Stellungnahme aufgefordert. In einer gemeinsamen Stellungnahme, die dem Förderkreis übergeben wurde, haben alle Fraktionen des Kreistages erklärt, dass von ihnen auf der Demo keine Statements abgegeben werden.

Auch wir sehen es als notwendig an, dass der Kreistag durch den Landrat

Termine der Fraktion:

Mittwoch, den 15.10.2014: Kreistag in Freiberg

Mittwoch, den 27.11.2014: Fraktionssitzung zum Haushalt in Freiberg

Mittwoch, den 03.12.2014: Fraktionssitzung zur Vorbereitung des Kreistages in Cummersdorf

zum schmunzeln über gott und die welt

Gott ist das einzige Wesen, das zum Regieren nicht einmal existieren muss.

Charles Baudelaire

Der Zufall ist das Pseudonym, das der liebe Gott wählt, wenn er inkognito bleiben will.

Albert Schweitzer

Die medizinische Forschung hat so enorme Fortschritte gemacht, dass es überhaupt keine gesunden Menschen mehr gibt.

Aldous Huxley

die auswertung der wahljahre 2013 und 2014 im landesverband der linken

1. Organisation

Der Landesvorstand der LINKEN nahm am **1. September** - am Tag nach den Wahlen - ein Material „Erste Auswertung der Wahlergebnisse zur Landtagswahl“ (als erste Zusammenfassung zu diesem Zeitpunkt vorliegender Zahlen) zur Kenntnis und beauftragte die Landesgeschäftsführerin Antje Feiks mit der Organisation „einer entsprechenden Diskussion zur Wahlauswertung im Landesverband“. Es wurde auch festgestellt, dass im Landesverband eine „organisatorische Auswertung der Wahlen 2013 und 2014“ erfolgen muss, die gemeinsam mit den Kreisverbänden zu erarbeiten ist.

Auf der Vorstandssitzung am **12. September** wurde demzufolge ein Fahrplan für die Wahlauswertung der Wahljahre 2013 und 2014 der LINKEN Sachsen beschlossen. Bis Ende 2014 soll diese schriftliche Wahlauswertung vorliegen.

Am **13. September** tagte der Landesrat und nahm eine erste Wahlauswertung vor. Am **27. September** erfolgte diese auf einem Kleinen Parteitag. Am **30. September** erfolgte die organisatorische Wahlauswertung im Wahlplenum. Dazu lag ein Material der Wahlkampfleitung vor. Es besteht das Angebot des Landesvorstandes, in Kreisverbände, Ortsverbände und weitere Strukturen zur Wahlauswertung zu kommen.

Im Oktober wurde faktisch die zweite Etappe der Wahlauswertung eingeleitet. Sie begann mit den drei Regionalkonferenzen am 7. Oktober in Chemnitz, am 8. Oktober in Dresden und am 9. Oktober in Leipzig. Die „Wahlauswertungen in Regionen mit Kandidierenden zur Bundestags-, Landtags- und Europawahl“ werden gegenwärtig terminiert.

Im Ergebnis all dieser Aktivitäten soll bis Ende 2014 die abschließende Wahlauswertung vorliegen.

2. Analysen

Bereits in der Wahlnacht begann auch außerhalb der Landesgremien eine umfassende Analyse und Bewertung der Wahlergebnisse. Darunter mehrere „Wahlachtsberichte“ mit Updates. Wir hatten in unserem Septemberheft Auszüge aus der Analyse von Ekkehard Lieberam veröffentlicht. Eine Übersicht solcher Veröffentlichungen findet man auf

der Webseite des sächsischen Landesverbandes unter der Rubrik „Wahlen“ und dort bei „Wahlauswertung“. (beim Schreiben dieser Zeilen waren dort 19 PDF-Dokumente eingestellt. hw). **Das brisanteste Dokument: „Kritische Analyse statt Schönfärberei und Wunschdenken - Für ein klares sozialistisches Profil der sächsischen LINKEN“** mit über 50 Erstunterzeichnern, darunter **Klaus Bartl, Cornelia Falken, Dr. Eberhard Langer, Jörn Wunderlich und Sabine Zimmermann**. Es wurde kurz vor dem Kleinen Parteitag erarbeitet und - obwohl für die innerparteiliche Diskussion konzipiert - wahrscheinlich gezielt an die Presse lanciert. In diesem Dokument wird der Wahlstrategie der sächsischen LINKEN die Glaubwürdigkeit abgesprochen. Insbesondere um „Rot-Rot-Grün“ habe man sich Illusionen gemacht. Mit einem profillosen Kurs habe man sich vom Erfurter Programm abgekehrt und somit die programmatische Entkernung des Landesverbandes als linkssozialistische Partei eingeleitet.

Inzwischen gibt es - datiert zum 7. Oktober - einen Mitgliederbrief der Landesgeschäftsführerin und Landeswahlkampfleiterin **Antje Feiks**, in welchem besonders die Wahlenanalyse „Decrowth bei der LINKEN“ (Autor: Horst Kahrs von der Rosa-Luxemburg-Stiftung) hervorgehoben wird.

3. Wie weiter?

In ihrem Mitgliederbrief bemerkt Antje Feiks zur genannten „**Kritischen Analyse ...**“ „Ich möchte hier ganz klar sagen, dass ich es nicht für gut halte, einen solchen Weg der öffentlichen Auseinandersetzung zu gehen. Dies wird dem Landesverband möglicherweise schaden. Ich halte es ebenso für gewagt, schon jetzt Schlussfolgerungen zu ziehen und zu wissen, was richtig und was falsch war. Weiterhin ist es auch nicht richtig, Falsches und bestenfalls Halbwahres zu behaupten, was in dem Papier nachweisbar erfolgt ist. **Vielleicht gelingt es uns dennoch, zu einer Wahlauswertungsdebatte zu kommen, in die wir offen und ohne bereits fertige Schlussfolgerungen gehen, wie wir uns zukünftig positionieren, strukturieren und aufstellen wollen, zu gehen. Nach meinem Dafür halten, haben wir jetzt gemeinsam die Aufgabe, in den Modus des Redens und Diskutierens zurück zu finden. Ich bin mir sicher, dass das auch die Auffassung der meisten Mitglieder ist.**“

Drei Regionalkonferenzen zur Wahlauswertung Wir waren am 8. Oktober in Dresden dabei

von Hans Weiske

bart worden.

Die Aussprache zu den drei einleitenden Redebeiträgen konzentrierte sich zunächst vor allem auf die Auswertung der Wahlkampagne. Dabei wurde deutlich, dass die Wahlkampfstrategie zu spät erarbeitet wurde und auch die Entscheidungen zu den so genannten „strategischen Wahlkreisen“ zu spät erfolgten. Besprochen wurden auch die stark differierenden Ergebnisse in den drei Großstädten Chemnitz, Dresden und Leipzig einerseits und den zehn Landkreisen andererseits.

Als einer der mehr als 50 Unterzeichner des Dokuments „Kritische Analyse statt Schönfärberei und Wunschdenken ...“ konnte **Michael Walter** aus Dresden der Diskussi-

Die Regionalkonferenz startete mit drei Redebeiträgen von **Rico Gebhardt** zur Einordnung der

ich - bedingt durch die Beratung in Siebenlehn (siehe dazu die Seiten -4- und -5-) - nicht an der Regionalkonferenz am 7. Oktober in Chemnitz teilnehmen konnten, fuhr ich gemeinsam mit **Ruth Fritzsche** am darauffolgenden Tag nach Dresden. Die Konferenz war insgesamt so herzerfrischend, dass man sich gern auch noch Leipzig gegönnt hätte, aber der Termindruck wegen der Fertigstellung dieser Zeitung verhinderte das.

Die Regionalkonferenz startete mit drei Redebeiträgen von **Rico Gebhardt** zur Einordnung der



Die beiden wichtigsten handelnden Personen auf den drei Regionalkonferenzen zur Wahlauswertung in Chemnitz, Dresden und Leipzig: Landesgeschäftsführerin **Antje Feiks** und Landesvorsitzender **Rico Gebhardt**.

Wahlergebnisse, **Antje Feiks** zur Wahlkampf-Kampagne und **Kerstin Köditz** zur Einordnung der AfD in das Parteienspektrum. Rico Gebhardt warf fünf Fragen auf (u.a. „Ist unser Kurs auf einen Regierungswechsel illusionär?“) und zog fünf erste organisatorische Schlussfolgerungen (u.a. „Es fehlte ein Friedensplakat“). Danach argumentierte er aus aktuellem Anlass zum „Unrechtsstaat DDR“. Ein „Herummogeln“ um die Diskussion dazu sei nicht möglich. Er bat aber darum, die Diskussion an diesem Tag auf die Wahlauswertung zu konzentrieren. Zum Thema: „Geschichte und Erbe der DDR!“ seien mit der Rosa-Luxemburg-Gesellschaft noch im Herbst drei Veranstaltungen mit prominenten Referenten verein-

on keinerlei neuen Impulse geben. Weitere anwesende Unterzeichner meldeten sich nicht zu Wort. MdL **Sebastian Scheel** kritisierte die Herangehensweise der Autoren der „Kritischen Analyse ...“. „Bei PDS und LINKER gab es immer Flügel. Aber entscheidend ist doch immer, wie man menschlich miteinander umgeht.“

Nach der mehr als zweistündigen lebhafter Aussprache im Dresdener Gewerkschaftshaus zog Rico Gebhardt ein kurzes Resümee: „Gestern in Chemnitz und heute in Dresden habe ich genau das erlebt, was ich der „Freien Presse“ einen Tag zuvor angekündigt habe: Wir als LINKE sind bunt und vielfältig, wir haben ein, inzwischen vor allem von jungen Frauen geprägtes klares soziales Profil.“



Rückblende: Bei den Kommunalwahlen beeindruckte Geringswalde mit einem Wahlergebnis von fast 25 Prozent – zur jüngsten Beratung mit den Ortsvorsitzenden wurde aus Rochlitzer Sicht bekräftigt: „Die Linksjugend hat in unserer Region viel Schwung in den Laden gebracht.“ Die vielfältigen Aktivitäten – auch in den Kommunalparlamenten – spiegeln sich (das ist in unserem Kreis fast ein Novum) in der regelmäßigen Berichterstattung in der regionalen „Freien Presse“ wieder. Die Auszüge stellt uns der stellvertretende Kreisvorsitzende **David Rausch** regelmäßig zur Verfügung. Obenstehend die „Freie Presse“ vom 26. September mit einem Bericht über das Engagement unseres 20jährigen Genossen **Marco Hinkel** im Stadtparlament Lunzenau. Er setzt sich dafür ein, in Lunzenau ein Jugendparlament zu etablieren. Der Einfachheit halber haben wir einen weiteren Bericht vom 23. September, diesmal zum Thema „Freizeittreff Geringswalde“ per Fotomontage eingefügt. In ihm spiegelt sich das Engagement von **Robert Sobolewski**, unserem Direktkandidaten bei der Landtagswahl in der Region, wieder.



Dieses Bild vom stillen Gedenken des „harten Kerns“ der Hainicher Genossinnen und Genossen am OdF-Denkmal am 14. September erhielt die Redaktion von unserer Leserin Birgit Kretschmar (im Bild ganz links).



Marco Hinkel und Robert Sobolewski mit Plakat und dem Aufruf von solid, sich am 4. Oktober in Döbeln gegen die Nazis zu stellen.

Um auf das Ende der Kampagne „Sag was du denkst – entfache das Feuer der Wahrheit“ aufmerksam zu machen, planen die Jungen Nationaldemokraten (JN Sachsen) am 04. Oktober 2014 in Döbeln eine Demonstration. Im Selbstverständnis dieser Kampagne konstruieren sie unter anderem ein Szenario vom Untergang Europas und Deutschlands. Darüber hinaus erklären sie sich die jetzige Zeit als eine des „universalen Betrugs“, welche ihrer Ansicht nach von „verlogenen Politikern, linken Demagogen und geldraffenden Kapitalisten“ regiert wird. Ihre menschenverachtende Ideologie, wie die Behauptung der katastrophalen „Anhäufung von Menschen it Migrationshintergrund“, kommt in dieser Kampagne ansonsten nur unerschwerlich zum Ausdruck.

Die Mitglieder der „Nationalen Sozialisten Döbeln“ schlossen sich nach dem Verbot dieser Gruppierung im Februar 2013 der JN Mittelsachsen an. Diese trat in der Region im vergangenen Jahr vorrangig im Zusammenhang der Wahlen mittels Kundgebungen und Propagandadelikten in Erscheinung. Offensichtlich wollen sie eine jährlich im Herbst stattfindende Demonstration etablieren und benutzen Döbeln an diesem Tag als Anlaufpunkt für Neonazis aus ganz Deutschland.

Dem gilt es entgegenzuwirken!

Lasst uns dezentral mit vielfältigem und kreativem Protest zeigen, dass in Döbeln kein Platz für menschenverachtende Propaganda ist. Nie wieder Faschismus! – Für eine emanzipatorische Gesellschaft!



Die Vorgeschichte zu unserem Gespräch finden unsere Leserinnen und Leser im letzten Abschnitt des Artikels unseres Redaktionsmitgliedes **Michael Matthes** im Septemberheft der LinksWorte. Es ist die Fortsetzung eines eMail-Dialogs, der sich zwischen **Dieter Kunadt**, Vorsitzender des Ortsverbandes Leisnig und Mitglied der Kreistagsfraktion der LINKEN, und **Michael Matthes**, ehemaliger Kreisvorsitzender und inzwischen nicht mehr Mitglied der LINKEN, entspannt. Und das nach der Juli-Kolumne von **Michael Matthes**, die nicht nur **Dieter Kunadt** zu energischem Widerspruch provozierte. Nach dem Treffen zum Burg- und Altstadtfest in Leisnig fand sich am 9. Oktober im „Schwarzen Ross“ in Siebenlehn eine weitere Gelegenheit, Meinungen zu unserem Weg aus dem Sozialismus-Versuch DDR in den realkapitalistischen Alltag auszutauschen. Das aus seiner Sicht Notierendenswerteste hat **Hans Weiske** aufgeschrieben.

1. Anlass

Michael Matthes hatte in der Juli-Kolumne bei dAer Wertung des Wahlausgangs im Kreistagswahlkreis 7 (Frankenberg, Hainichen) mit den Begriffen „Wahlmanipulation“ und „Wählertäuschung“ durch DIE LINKE operiert. Was **Dieter Kunadt** so auf die Palme brachte: Hier wurde seiner Partei, welcher er vor und nach der politischen Wende sein Herzblut gab und gibt, leichtfertig Schaden zugefügt. Denn Teile der Kolumne aus den LinksWorten wurden Inhalt gehässiger Artikel in der regionalen Presse.

2. Rückblick

Er hat zwei zeitliche Ebenen. Die erste von der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei im Jahre 1946 an bis ins Wendejahr 1989, die zweite von der „Neugeburt“ der SED-PDS aus den Trümmern der „führenden Partei“ in der DDR bis heute. Die Zeitzeugen des Neubeginns im Jahr 1945 werden immer weniger, **Ruth Fritzsche** (siehe ihre Kolumne auf Seite -3-) hat ihn noch bewusst miterlebt. Auch den schleichenden Niedergang aus einer von glühenden Antifaschisten und Aktivisten der ersten Stunde

getragenen stolzen Partei bis zur Wahlfälscherpartei, die immer mehr Karrieristen und Mitläufer in ihren Reihen hatte und zunehmend den Kontakt zu den arbeitenden Men-



Dieter Kunadt und Michael Matthes (von links) im Dialog zum Erbe der SED

schen verlor. Oder die Augen und Ohren vor deren Wünschen der Menschen schloss, weil sie diese nicht zur Kenntnis nehmen wollte.

Dann kam die Wende. Und hier setzt **Dieter Kunadt** an. Es blieben damals nur jene, die willens waren,

das Erhaltenswerte aus der alten, zunehmend verknöcherten SED in die „Neuzeit“ mitzunehmen. Und - hier waren sich **Kunadt** und **Matthes** völlig einig - hätte es diese Genossinnen und Genossen des „Neustarts“ nicht gegeben, wäre eine PDS und später eine LINKE in der Bundesrepublik nicht denkbar gewesen.

3. Analyse

Zu den Gründen des Scheiterns der SED als „revolutionärer Vorhut der Arbeiterklasse“ gab es unterschiedliche Auffassungen. Während **Matthes** vor allem eine kleine elitäre Funktionärskaste verantwortlich

oben nach unten per Doktrin erfolgt und Hinweise von unten nach oben seien im Sande verlaufen („Versuche mal, einen Eimer, gefüllt mit Wasser, nach oben zu schütten“)

4. Ausblick

Nochmals zurück zum Ausgangspunkt: **Kunadt** warf **Matthes** vor, mit seiner Kolumne vielen Genossinnen und Genossen der „ersten Stunde“ vor den Kopf gestoßen zu haben. Das hat sich **Matthes** nach eigenen Worten inzwischen „hinter die Ohren geschrieben“. Bei der Analyse, so hatte ihm **Kunadt** ins Stammbuch geschrieben, gehe es neben politischer Klugheit auch um taktisches Geschick. Und wir brauchen, so **Matthes**, in Zukunft diese Erfahrung der Alten. Seine Kritik, dass der politische Dialog in der Mitglied- und Sympathisantenschaft der mittelsächsischen LINKEN leider noch nicht richtig in Gang gekommen sei, hält er aufrecht. Das sei eine echte Zukunftsaufgabe.

5. Nachsatz

Aus aktuellem Anlass noch die Nachfrage zum Thema „Unrechtsstaat DDR“.

Hier gab es Übereinstimmung bis ins Detail. Die pauschale Formulierung der DDR als Unrechtsstaat wird von **Dieter Kunadt** und **Michael Matthes** abgelehnt. Es habe in vielen gesellschaftlichen Bereichen sogar ein ausgeprägtes Rechtssystem gegeben.

Es gab, beide wiederum übereinstimmend, auch viel Unrecht in der DDR. Das müsse aber einzeln benannt werden und mache in der Summe keinen „Unrechtsstaat“ aus.

Information aus dem Bundesvorstand der LINKEN



von unserem Redaktionsmitglied
Marita Tändler-Walenta

Am 15. September kam der Parteivorstand zusammen, wobei vor allem die Ergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg im Fokus standen. Die Stimmung war nach den Ergebnissen geteilt, einerseits freuten wir uns mit und für die GenossInnen in Thüringen und ihren Spitzenkandidaten **Bodo Ramelow**, andererseits waren alle etwas nachdenklich gestimmt hinsichtlich der Wahlergebnisse unserer brandenburgischen GenossInnen mit ihrem Spitzenkandidaten **Christian Görke**. **Benjamin-Imanuel Hoff** fasst diese Ergebnisse, auch unter Berücksichtigung des Sächsischen Wahlergebnis zusammen und schreibt:

„DIE Linke verfehlt die Wahlziele und könnte dennoch an Einfluss gewinnen“. Unser politischer Auftrag sollte nun in der Nachbereitung liegen.

Eine zentrale Frage dabei lautet, warum sich die Bevölkerung nicht durch die demokratischen Parteien vertreten fühlt? Die Wahlbeteiligung in Sachsen hatte mit 48% ihren niedrigsten Stand, es findet ein regelrechter Abstand zwischen Bevölkerung und Politik statt. Die Menschen fühlen sich nicht angemessen vertreten, nur so ist auch das Wahlergebnis der AfD zu verstehen. In den ostdeutschen Bundesländern ist diese in die Nähe der FDP-Parlamentsrepräsentanz gerückt. Die Partei ist im Europaparlament mit sieben und in drei Landtagen mit 36 Abgeordneten vertreten. Die Begründung allein auf die Bedürfnisse der WählerInnen nach einer Wahlalternative

zu stützen, ist ungenügend. Gerade im europäischen Kontext ist das politische Spektrum, welches die AfD bedient und als wertkonservativ-nationalliberal und rechtspopulistisch verortet werden kann, stark verbreitet. Die Linke muss nun eine klare Strategie des Umgangs mit der AfD entwerfen. Eindeutig erscheint die Tatsache, dass der Umgang, wie er mit der NPD stattgefunden hat, nicht haltbar ist. Eine Ausschließung aus Gesprächen und parlamentarischer Arbeit scheint nicht angebracht. Eher sollte die AfD an ihren politischen Losungen innerhalb des demokratischen Prozesses zerschlagen werden. In Sachsen hat dies bereits begonnen. Der von der AfD angestrebte Alterspräsident des sächsischen Landtages musste, aufgrund seiner persönlichen Überschneidung mit der extremen Rechten, seinen Rückzug antreten.

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand kam erst nach Redaktionschluss dieser Ausgabe, am 13. Oktober, zu seiner planmäßigen Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen als Hauptpunkte:

- ein ausführliches Analysematerial zu den Wahlergebnissen der LINKEN in den Städten und Gemeinden Mittelsachsens seit 2008
- die Auswertung der Anti-Nazi-Demo in Döbeln
- die Einberufung eines Kreisparteitages für Ende November/Anfang Dezember
- eine erste Verständigung zu den Landrats- und Bürgermeisterwahlen 2015.

Büro Burgstädt erneut Ziel eines rechten Anschlags

Zum wiederholten Male war das Burgstädter Büro der LINKEN Ziel eines Anschlags. Der Vorsitzende des Ortsverbandes, Ralf Jerke, informierte uns, dass am 4. Oktober in der Zeit zwischen ca. 19.00 und 21.10 Uhr die angebrachte Jalousie durch mehrere Steinwürfe erheblich beschädigt wurde, so daß zumindest das Rollo vor der Eingangstür nicht mehr funktionsfähig ist und einer dringenden Reparatur bedarf.

Neue Kreisgeschäftsstelle

Im Zusammenhang mit einem Eigentümerwechsel im Haus Poststraße 9 in Freiberg und der andauernden Folgen eines Wassereintruchs nach Starkregen hat der Kreisvorstand seinen Mietvertrag zum 31. Oktober gekündigt. Bereits seit dem 1. Oktober sind wir Mieter eines neuen Objektes in **Freiberg, Bahnhofstraße, Ecke Lange Straße**. Der Umzug erfolgt im Verlauf des Monats Oktober.



unsere jubilare

unsere genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich!



Im monat november 2014 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

Edelgard Ziegler	geb. am 02.11.1949,	in	Freiberg
Karl Schönherr	geb. am 02.11.1934,	in	Wechselburg
Gertrud Imhof	geb. am 02.11.1928,	in	Mittweida
Helmut Bergner	geb. am 03.11.1933,	in	Mühlau
Ingeburg Großer	geb. am 05.11.1924,	in	Flöha
Jutta Teichmann	geb. am 06.11.1931,	in	Burgstädt
Anfried Püschel	geb. am 06.11.1929,	in	Brand-Erbisdorf
Eberhard Klapper	geb. am 07.11.1931,	in	Rechenberg-B.
Lydia Rapprich	geb. am 09.11.1924,	in	Brand-Erbisdorf
Rudi Hocker	geb. am 11.11.1925,	in	Freiberg
Kurt Kaden	geb. am 12.11.1922,	in	Weißborn/Erzgeb.
Sonja Kluska	geb. am 18.11.1928,	in	Waldheim
Harald Wiedemann	geb. am 20.11.1931,	in	Augustusburg
Helmut Jahn	geb. am 23.11.1934,	in	Oederan
Werner Teichmann	geb. am 25.11.1926,	in	Burgstädt
Johannes Wangermann	geb. am 25.11.1928,	in	Niederwiesa
Anny Liebschner	geb. am 27.11.1922,	in	Penig
Hans Blum	geb. am 28.11.1933,	in	Seelitz
Elisabeth Kunesch	geb. am 29.11.1919,	in	Flöha

jahrestage im monat november 2014

03. 11. 1914 Kurt Julius Goldstein (Auschwitzhäftling, Sekretär des FIR) geboren.

30.11. 1939 Beginn des Sowjetisch-Finnischen Krieges.

04.11. 1944 Befreiung Griechenlands von der deutschen faschistischen Okkupation.

28.11. - 9.12. 1949 Weltkonferenz und Gründungskongress des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in London.

23.11. 1954 Beginn des Verbotsprozesses gegen die KPD

04.11. 1984 In Nikaragua siegt Daniel Ortega von den linksgerichteten Sandinisten bei den Wahlen.

04.11. 1989 Massenkundgebung für mehr Demokratie auf dem Berliner Alexanderplatz

09.11. 1989 Öffnung der Grenzübergänge in Berlin nach Bekanntgabe der „unverzüglichen“ Reisefreiheit.

12.11. 1989 Dolores Ibaruri Gomez, Vorsitzende der KP Spaniens und legendäre Organisatorin im spanischen Bürgerkrieg, verstorben.

17.11. 1989 Bildung der neuen DDR-Regierung unter Hans Modrow.

26.11. 1989 Namhafte Intellektuelle und Reformers (u.a. Stefan Heym und Christa Wolf) treten im Aufruf „Für unser Land“ dafür ein, die Eigenständigkeit der DDR zu bewahren.

30.11. 1989 Der Bankier Alfred Herrhausen wird in Bad Homburg von der RAF ermordet.

10.11. 1994 Stefan Heym (parteilos für die PDS) eröffnet als Alterspräsident den 13. Deutschen Bundestag. Die Fraktion der CDU/CSU verweigert im geschlossenen den Respekt.

22.11. 1999 Ibrahim Böhme (Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei in der DDR) in Neustrelitz verstorben.

30.11. 1999 In der CDU-Finanzaffäre gesteht Helmut Kohl ein, Spenden in schwarze Kassen geleitet zu haben.

terminübersicht

oktober 2014:

13.10. 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstands der LINKEN
Bürgerbüro Mittweida, Weberstraße 30

november 2014:

17.11. 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstands der LINKEN
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34

Weitere wichtige Hinweise:

- Ende November/Anfang Dezember findet ein **Kreisparteitag** zur Wahl der Delegierten für die Landesparteitage 2015/2016 sowie der Vertreter Mittelsachsens in den Landesrat statt. Der Termin wurde erst nach Redaktionsschluss im Kreisvorstand festgelegt.

Am 20. November, jeweils 18 Uhr, finden zwei interessante Veranstaltungen statt.

- Im „Schwanenschlösschen“ Mittweida zum Thema: „Die Kriege in Syrien, Irak und der Ukraine - Antworten der LINKEN“ mit MdB **Michael Leutert**.
- Im „Treibhaus“ Döbeln zum Thema: „Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP und die Haltung der LINKEN mit der stellvertretenden Parteivorsitzenden der LINKEN und MdB **Caren Lay**.“



Globaler Aktionstag gegen Drohnen am 4. Oktober

Unsere Ulmer Genossinnen und Genossen waren auf dem traditionsreichen Platz vor dem Ulmer Münster aktiv dabei.

Die Zeit ist reif für den Abgang! - Döbeln stellt sich quer gegen nazis



von unserem Redaktionsmitglied Marika Tändler

Unter dem Motto „**Wir sind viele. Wir sind friedlich. Wir sind weltoffen. - Döbeln bleibt bunt**“ hatte das Bündnis, in welchem sich auch DIE LINKE aktiv beteiligt, zur Gegenkundgebung am 04. Oktober 2014 in Döbeln aufgerufen. Ausschlaggebend war die Ankündigung der Jungen Nationaldemokraten (kurz: JN), welche die offizielle Jugendorganisation der NPD darstellt, die nun fast jährliche Demonstration mit mehreren Kundgebungen in Döbeln durchzuführen.

Unter dem Motto „Sag was du denkst! Die Zeit ist reif für Veränderungen!“ führte ihre Route von Döbeln/Zentrum über die Str. des Friedens und der Oschatzer Strasse nach Döbeln Nord. In Döbeln Nord hielt die JN, zumindest während des Wahlkampfes,

sogenannte ‚Tage der Volksgemeinschaft‘ ab, wobei sie kostenloses Essen verteilten, um ihre Theorie des Volkstodes mit der Wurst näher zu bringen. Anschließend ging es über die Nordstraße in die Heinrich-Heine-Straße, über die Klosterwiesen bis zum Polizeirevier an der Burgstraße.

Die Gegenkundgebung des Bündnisses „Döbeln bleibt bunt“ fand im Wettinpark statt. Unser Genosse und Fraktionsvorsitzender im Döbeler Stadtrat Werner Busch spendierte Bockwürste gegen eine Spende, die zugunsten des Treibhaus e.V. ging. Döbeln hat wieder einmal bewiesen, dass es eine weltoffene und bunte Stadt ist. Dass es eine Stadt ist, in der rechtsextreme Meinungen nichts zu suchen haben. Und dass es eine Stadt ist, deren Bürger sich nicht einschüchtern lassen. Wir hoffen alle zusammen der braune Spuk hat nun langsam mal ein Ende, denn es ist nun auch für die JN, als Jugendorganisation der NPD, Zeit für den Abgang!